

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. F. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Joanfenlein & Vogler,
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 821.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonnabend, 22. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 21. November. Der König hat geruht: den Wirklichen
Geheimen Ober-Regierungsrath Ribbed zum Präsidenten des Kurato-
riums der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt, und den Geheimen
Ober-Regierungsrath Dr. Forch zum Stellvertreter desselben für
die Jahre 1880 bis 1882 anderweitig zu ernennen, ferner dem Stadt-
gerichts-Kanzlei-Inspektor a. D. Schwebel zu Berlin den Charakter als
Kanzleirath zu verleihen.
Der seitherige Kreiswundarzt Dr. med. Tacke zu Wesel ist zum
Kreisphysikus des Kreises Rees ernannt worden.
Dem Notar Eich in Wallerfangen ist die Verlegung seines Amtes-
sitzes nach Saarlouis gestattet worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 22. November.

In der gestrigen Sitzung der Eisenbahnkommission
referirte zunächst der Abg. Dr. Grimm über den Vertrag
wegen Verkaufs der Köln-Mindener Eisenbahn.
Der Referent unterwarf die Regierungsvorlage einer Prüfung
und gab eine spezielle Uebersicht über die Bahnlinien und die
daraus resultirende wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens.
Daran reihte sich die Darstellung der finanziellen Lage
der Gesellschaft. Als Hauptfrage behandelte der Referent
die Werthschätzung des Kaufobjekts gegenüber dem Kauf-
preise, und zwar bei der Unmöglichkeit direkter Schätzung
nach drei indirekten Momenten: 1.) dem Erwerbspreise (Anlage-
kapital), 2.) der Rentabilität der Vergangenheit und Zukunft,
und 3.) den mit den Aktionären gepflogenen Verhandlungen.
Referent kommt zu dem Resultate, daß sich kein Moment ergebe,
um die Opportunität des Abschlusses des Vertrages und die
Wahrung der Interessen des Staats zu bezweifeln. Von einem
Kommissionsmitglied wird ausgeführt, daß eine Rente von
5 Prozent für die Aktionäre dem Werthe des Objekts entsprechen
würde. Dasselbe Mitglied bemängelt auch den Betrieb, insbe-
sondere auch den Personenverkehr auf der Köln-Mindener Bahn,
findet aber hierbei lebhaften Widerspruch aus der Kom-
mission. Es wird unter Bezugnahme auf die Zunahme
des Verkehrs der westphälischen Bahnen in den letzten Dezennien
die Entwicklungsfähigkeit der Köln-Mind. Bahn als eine sehr
bedeutende bezeichnet, besonders wenn die Staatsregierung als
Besitzerin der Bahn die Tarifverhältnisse gemäß den Anforder-
ungen der Produktion und Konsumtion gestalte. Dem von
einer Seite hervorgetretenen Verlangen, daß der Staat bloß die
Linie Deutsch-Wieschen übernehme, wurde von verschiedenen Mitglie-
dern und den Vertretern der Staatsregierung in jeder Richtung
entgegengesetzt. Die Sicherheit, daß das Köln-Mind. Unter-
nehmen in den nächsten Jahren 6 pCt. abwerfen würde, habe
man nicht, es sei aber sehr wahrscheinlich. Auf eine Aeußerung hin,
daß die Staatsregierung einen Druck auf die Köln-Mind.
Gesellschaft geübt habe, um sie zum Verkauf zu veranlassen, er-
widert der Vertreter der Staatsregierung, daß dies nicht der
Fall gewesen sei, daß der Druck in den natürlichen Verhältnissen
gelegen habe. Die Behauptung, daß der Erneuerungsfonds bei
der Köln-Mindener Bahn in den letzten Jahren, behufs Auf-
besserung der Dividenden, nicht genügend dotirt worden sei, wird
von Seiten der Staatsregierung unter Mittheilung von Zahlen
besritten. Wenn in den letzten Jahren weniger für Erneuerun-
gen ausgegeben sei, so sei doch auch in Erwägung zu ziehen,
daß die Materialien viel billiger geworden seien als früher. In
der Spezialdiskussion wurde u. A. bei § 7 bezüglich
des Prämien-Anlehens von 60 Mill. M. festgestellt, daß der
Staat hier nicht das Recht der beliebigen Kündigung habe, daß
er vielmehr hier wie die Gesellschaft verfahren müsse. Die
Prämien brauche der Staat jedoch nicht zu zahlen. Die Schluß-
abstimmung ergab 13 Stimmen für, 7 gegen.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission
wurden die vorbehaltenen Positionen des Etats des Finanzmini-
steriums betr. die Oberpräsidien und Regierungen und der Etat
des Ministeriums des Innern erledigt. Bei der ersteren wurde
von den Referenten (Stempel und Kicker) im Anschluß an die
vorjährige Resolution der Budgetkommission auf Verminde-
rung der Zahl der Beamten und des Schreibwerks, insbesondere
bei den Regierungen, der Antrag gestellt, den Tit. 6 zur Remu-
neration und Unterstützung der außeretatmäßigen Mitglieder
der Regierungen um eine entsprechende Summe zu vermin-
dern. Der Referent beantragte, statt 577,500 M., 550,000 M.
zu bewilligen, der Korreferent nur 530,000 M. Der letztere begrün-
dete die Streichung von 47,500 M. u. A. auch damit, daß die
Staatsregierung, wie die Rechnungen ergeben, in den letzten
Jahren bei diesem Titel thatsächlich Ersparnisse gemacht hätte.
Die Vertreter der Staatsregierung widersprachen beiden Anträgen.
Dieselbe sei prinzipiell ebenfalls für jede zulässige Ersparniß bei
diesem Titel, sie werde auch die Frage bei der bevorstehenden
Aenderung der Verwaltungsorganisation in ernstliche Erwägung
ziehen. Zur Zeit lasse sich jedoch nicht übersehen, inwieweit diese
Titel sich würden vermindern lassen. Die bisherige Winder-

ausgabe rühre daher, daß es in den letzten Jahren bis zum Er-
laß des Gesetzes über den höheren Verwaltungsdienst nicht möglich
gewesen sei, die erforderliche Zahl von jüngeren Verwaltungs-
beamten heranzuziehen. Der Vertreter des Ministeriums
des Innern gab bei dieser Gelegenheit eine Uebersicht über
die Zahl der Beamten und den Umfang der Geschäfte pro 1869.
Die Zahl der Rathsstellen bei den Regierungen ist hiernach seit
1869 vermindert um 43 in den Kreisordnungs-Provinzen, um
20 in den anderen Provinzen, dagegen vermehrt die Zahl der
Subalternbeamten um 60 in jenen, vermindert um 13 in diesen.
Die Zahl der Geschäftsnummern bei den Regierungen ist seit
1873 um über 200,000 vermehrt, darunter 100,000 allein bei
der Verwaltung der direkten Steuern in Berlin. Vermindert
haben sich die Geschäfte bei den Abtheilungen des Innern um
ca. 90,000 Nummern. Die Statsposition von 577,500 Mark
wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt und der An-
trag des Referenten (550,000 M.) angenommen. — Im Etat
des Ministeriums des Innern wurden die Mehrforderungen für
neue Stellen in mehreren Fällen abgelehnt, u. A. 15,000 M.
für einen Ministerialdirektor, 6000 M. für 2 neue etatsmäßige
Beamten im statistischen Bureau, 6000 M. von der Mehrforde-
rung von 12,000 M. für neue Bureauclerkare im berliner Ein-
wohnermeldeamt u. s. f. Im Extraordinarium wurde Titel 5,
Bau einer Strafanstalt zu Herford, 1 Mill. M., ausgesetzt, da
die Kostenanschläge noch nicht vorliegen.

Die Unterrichts-Kommission berieth in ihrer
vorgestrigen Sitzung, wie bekannt, über einen Fall, der in den
Kreis der jetzt so vielfach besprochenen Simultanschul-Fragen ge-
hört. Auf der Tagesordnung stand die Petition des Kaufmanns
Malotta und Genossen aus Tilsit wegen Wiedereinrichtung der
am 1. April cr. daselbst aufgehobenen katholischen Schule. Ma-
gistrat und Stadtverordnete hatten die Schließung der nur 63
Kinder zählenden katholischen Schule daselbst und die Vertheilung
derselben auf die drei bestehenden evangelischen Schulen auf Grund
des Ministerial-Reskripts vom 1. August 1874 am 22. Januar
1877 beantragt und die Regierung zu Gumbinnen hatte
dies genehmigt. Eine diesbezügliche Beschwerde des
r. Malotta und Genossen war von der Regierung so-
wohl als vom Oberpräsidenten abgewiesen worden, jedoch mit
der Maßgabe, daß die katholischen Kinder sämtlich einer
evangelischen Schule zuzutheilen seien. Dieser Entscheidung trat
der Minister bei und die Schule wurde am 1. April cr. ausge-
hoben. Der Referent v. Hammerlein, dem zur Beurtheilung
der Petition jegliches weitere Material fehlte, der also nur auf
Grund der in der Petition gebotenen Argumente sich ein Urtheil
hatte bilden können, stellte den Antrag, „die Petition der Staats-
regierung zur Berücksichtigung zu überweisen“. Der Korreferent
Jubel hatte die einschlägige Akten des dortigen Magistrats erhal-
ten, woraus hervorgeht, daß die Stadt Tilsit keineswegs die Ver-
pflichtung habe, eine katholische Schule, sondern nur einen katho-
lischen Lehrer zu unterhalten, daß die zweiklassige katholische
Schule zunächst in eine einklassige hatte verwandelt werden
müssen, da die erste Klasse nur 16, die zweite Klasse circa 40
Schüler gezählt hatte, daß das Ministerial-Reskript vom 1. August
1874 folglich mit Recht Platz gegriffen hätte, somit die Ueber-
führung sämtlicher katholischer Kinder in dieselbe evangelische
Schule, an welcher ein katholischer Lehrer angestellt sei (vor
Allem des Religionsunterrichts wegen), vollständig gerechtfertigt
war. Der Korreferent stellte demgemäß den Antrag, „über die
Petition zur einfachen Tagesordnung überzugehen.“ Der Re-
gierungskommissar, Geh. Ober-Reg.-Rath Baetoldt, wies auf die
formalen Bedenken in der Angelegenheit hin, die darin beständen,
daß die Petenten nach Aufhebung der Schule nicht den Instanzen-
weg durchlaufen hätten. Er erklärte, materiell in der Sache
nicht instruiert zu sein. In Folge dessen wurde die Debatte ver-
tagt, um der Staatsregierung Zeit zu geben, sich über den
materiellen Inhalt der Petition auszusprechen.

Die zur Berathung eines Feld- und Forstpolizei-
gesetzes eingesetzte Kommission des Abgeordnetenhauses
hat in vier Sitzungen den Entwurf in erster Lesung durchbe-
rathen. Erhebliche Differenzen erhoben sich bei den Bestimmungen
des § 9 betreffend den sogenannten Feldfriedensbruch, bei
§ 10, wo gegen die Ansicht der Staatsregie-
rung auch für das Gehen über unbestellte und nicht ge-
sperrte Grundstücke im Schooße der Kommission die Bestrafung
gefordert wurde, bei den §§ 9 und 11, wo sich gegen die Ein-
wirkung der Polizeibehörden auf vermögensrechtliche Privatver-
hältnisse Widerspruch erhob, bei § 24, welcher das Abpflücken
von Laub und das Abbrechen von Zweigen unter
Strafe stellt, bei § 36 Nr. 5, welcher das unbefugte Be-
treten solcher Schläge, in welchen Holz neugeschlagen
word, mit Ahndung bedroht, bei § 38 Nr. 1, wonach Derjenige
dem Strafgesetze verfallen soll, welcher die von ihm erkaufte
Forsterzeugnisse innerhalb der kontraktlich festgesetzten Zeit abzu-
holen unterläßt, endlich bei dem bekannten Beeren- und Pilz-
Paragraph 41 Nr. 2, wo nach langer Debatte auf einen An-

trag von nationalliberaler Seite eine Modifikation der Vorlage
dahin beschlossen wurde, daß — von einem Polizeiverbot abge-
sehen — das Sammeln jener Walberzeugnisse auch da strafbar
sein solle, wo ein Verbot des Waldeigentümers vorliegt. Ferner
wurden zu vielen Bestimmungen der Vorlage Milderungsvor-
schläge nach zwei Richtungen hin gemacht, einmal durch sub-
sidiäre — statt der wahlweisen — Festsetzung der Haftstrafe für
den Fall des Unvermögens, und dann dadurch, daß die Best-
rafung der geringfügigen Uebertretungen, soweit ein Privatinter-
esse in Frage kommt, nur auf Antrag erfolgen soll. Beide Arten der
Milderung fanden jedoch bei der Kommission
nur in geringem Maße Anklang und Annahme. Bei Berathung
der Vorschriften über das Verfahren zur Geltendmachung von
Schadensansprüchen wurde zur Vereinfachung der Antrag gestellt,
die Entscheidung geringfügiger Ansprüche — es wurde der Be-
trag von 75 Mark als Maximalgrenze angegeben — in erster
Instanz den Polizeibehörden, in zweiter Instanz den Kreisaus-
schüssen, in Stadtkreisen den Bezirksverwaltungsgerichten mit
Ausschluß des Rechtsweges zuzuwiesen. Dieser Antrag wurde
jedoch seitens der Regierungskommissarien lebhaft bekämpft und
demnach abgelehnt. Endlich ermäßigte die Kommission die
Sätze des sogenannten Ersatzgeldes, des früheren Pfandgeldes,
in derselben Weise, wie dies bei der vorjährigen Berathung des
Entwurfs die Kommission vorgeschlagen hatte.

Die „Nat.-Ztg.“ bringt eine längere Betrachtung
über den Entwurf des Feld- und Forstpolizei-
Gesetzes, in welcher sie zunächst anerkennt, daß die gesteigerten
Opfer, welche die Erhaltung des Waldes den Besitzern
auferlegen, auch einen gesteigerten Schutz ihrer Nutznießung rech-
tfertigen. Es wird aber dann hervorgehoben, daß das Gesetz, in
welchem nur die trodene juristische Logik zum Wort gekommen
sei, über's Ziel hinauschieße und auf das unausrottbare Rechts-
bewußtsein des Volkes gar keine Rücksicht nehme. Der Artikel
schließt folgendermaßen:

„Zu dem gerechtfertigten Bestreben des Waldeigentümers, sein
Besitzthum gegen kulturfeindliche Handlungen zu schützen, hat sich
eine bedenkliche Gehülfnis gestellt, die alle Zeit gefällige juristische
Dogmatik, die so häufig einen übermäßigen Eifer entwickelt. Sie fragt
nicht danach, was in der natürlichen Verletzung der Dinge Nutzen und
Schaden stiftet, sie kennt keine weise Beschränkung in ihren
Sätzen. Von einem Vorderfrage, der eine relative Berechti-
gung hat, den sie aber als eine absolute Wahrheit erfährt,
ausgehend, zieht sie mit unerbittlicher Logik ihre Konsequenzen.
Der Vorderfrage lautet: „Der Eigenthümer hat das
Recht, über sein Eigenthum zu verfügen, und jedem An-
dern eine Verfügung darüber zu unterlagen.“ Von diesem
Satz ausgehend gelangt sie zu dem Schlusse, daß, wenn ein
Mensch Eigenthümer eines Waldes ist, er allein das Recht hat
den Wald zu betreten und jedem Anderen den Zutritt verweigern darf.
Wer ohne Erlaubniß des Eigenthümers den Wald betritt, verlegt sich
an der Majestät des Eigenthumsbegriffes und schon darum ist er
strafbar. Ob er dabei nebenher irgend einen Schaden verurrichtet, dar-
auf kommt es nicht an. Von konservativer Seite hat man soviel auf
das herlose Manchestertum geschickten, welches den „einseitigen rö-
mischen Eigenthumsbegriff“ in unbedachter Weise übertreibt und ganz
überhört, daß jedem Rechte auch Pflichten gegenüberstehen; von wahr-
haft konservativer Seite wird man, wie wir hoffen, den Begriff des
Waldeigentums in dieser Weise nicht übertreiben. Der gelehrteste
und geistvollste Kenner des deutschen Waldes war solcher Anschauun-
gen durchaus abhold. Der vor Kurzem verorbene Oberforstmeister
Bernhardt, dessen „Geschichte des Waldeigentums und der Wald-
wirtschaft in Deutschland“ zu einem der bedeutsamsten Bei-
träge zu unserer Kulturgeschichte gehört, hat noch vor weni-
gen Jahren als Berichterstatter des Abgeordnetenhauses über
das Holzdiebstahls-Gesetz den Satz verfochten, daß die Theil-
nahme an den idealen Genüssen, die der Wald bietet,
an Waldeslust und Waldesluft Jedem offen stehen müsse.
Wir möchten uns auf juristische Disteleien über diese Frage nicht ein-
lassen, sondern vom praktischen Gesichtspunkte aus auf den alten be-
nährten Satz verweisen: „Mißtharf macht schartig.“ Ein Gesetz,
dessen übertriebene Strenge mit den verbreiteten Anschauungen über
Recht und Unrecht in klaffendem Widerspruch steht, läßt sich nicht
durchführen. „Ein Schritt vom Wege“ ist ein guter Titel für ein
Lustspiel, aber eine schlechte Charakteristik für eine kriminelle Handlung.
Eine Vorschrift, nach welcher ein Schritt vom Wege oder ein Mund
voll Beeren mit Geldbußen geahndet werden soll, kann nicht in das
Vollsbewußtsein eindringen, und es liegt die Gefahr vor, daß man
neben diesen übertriebenen Vorschriften auch diejenigen lag handhaben
wird, deren strenge Anwendung gut und heilsam wäre. In dem über-
mäßigen Eifer, der dieses Gesetz diktiert hat, ist der Verfasser desselben
selbst einen Schritt vom Wege abgewichen und hat den Walddamm der
Rechtsjustizgeheze gebrochen. Nach den wohlwollendsten Bestimmungen
der letzteren soll der Amtseid fernerhin nicht zulässig sein, den Zeugen-
eid zu vertreten. Der vorliegende Entwurf setzt den Dienstseid der
Feldhüter wieder an seine alte Stelle. Wir heben diesen Umstand her-
vor als einen berechneten Beweis dafür, einer wie sorgfältigen Durchsicht
der Entwurf noch bedarf, wenn ein brauchbares Gesetz daraus wer-
den soll.“

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. d. Mts.
sprach der Kultusminister v. Puttkamer die Ansicht aus, daß die
im Staatshaushalts-Stat pro 1880/81 vorgemachte Verstärkung
der Fonds zu Ruhegehalts-Zuschüssen und Unterstützungen für
emeritirte Elementarlehrer u. s. w. um 300,000
M. ausreichen würde, das Minimum der Lehrerpensionen auf
600 M. zu bringen. Leider paßt hier, so bemerkt die „Pos. Ztg.“,
das Wort von der Votschaft, die man gern hört, wobei aber der
Glaube fehlt. Von den 3034 vorhandenen Emeriten beziehen

nämlich: 300 M. und darunter 385, zwischen 300 und 450 M. 1136, zwischen 450 und 600 M. 608, zwischen 600 und 750 M. 391, zwischen 750 und 1000 M. 265, zwischen 1000 und 1500 M. 178, zwischen 1500 und 2000 M. 55, zwischen 2000 und 3000 M. 1 (in Wiesbaden), Summa 3034. Die vorgedachten 300,000 Mark werden demnach nur ausreichen, um das Ruhegehalt auch derjenigen Emeriten, die unter 450 M. beziehen, auf 600 M. zu bringen. Dies ist um so unerfreulicher, als eine Steigerung der Zahl der Emeriten zu erwarten ist, als ferner in der niedrigsten Stufe (300 M. und darunter) seit dem Jahre 1874 nicht, wie Geh. Rath Wäghold in der vorjährigen Unterrichts-Kommission des Abgeordneten-Hauses angab, eine starke Verminderung, sondern eine Vermehrung der Zahl der Emeriten stattgehabt hat, und zwar um 75. Wenn Herr Wäghold damals bemerkte, daß am 15. November 1874 707, dagegen am 31. März 1878 nur 385 emeritirte Lehrer z. vorhanden gewesen seien, so vergaß er dabei, daß unter jenen 707 sich 397 befanden, die wegen günstiger Vermögenslage der Nebeneinnahme eines Zuschusses nicht bedurften. So annehmbar nun trotzdem die erwähnten 300,000 M. auch sind, so nothwendig erscheint es, jetzt endlich die gesammten Fonds zu Ruhegehalts-Zuschüssen für emeritirte Lehrer gleichmäÙiger auf die einzelnen Regierungsbezirke zu vertheilen, als dies bisher geschah. Nach einer in neuerer Zeit im Unterrichtsministerium aufgestellten Uebersicht betrug z. B. der niedrigste den Emeriten gewährte Staatszuschuß im Regierungsbezirk Schleswig 12 M., Aachen 150 M., Potsdam 60 M., Frankfurt a. d. O. 58 M., dagegen der höchste Staatszuschuß im Regierungsbezirk Schleswig 300 M., Potsdam 255 M., Frankfurt a. d. O. 261 M. zc.

In der berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde von dem Stadtv. Dr. Hermes und 14 Genossen der dringende Antrag eingebracht, eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Ablehnung des Gesetzentwurfs über die Schanksteuer zu richten. Der Antrag wurde für dringlich anerkannt, aber einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zur Vorberathung mit dem Auftrage überwiesen, darüber in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

Die bereits telegraphisch erwähnte Broschüre des Prinzen Alexander von Dranien, Thronfolgers der Niederlande, liegt dem „Berl. Tzgl.“ vor. Sie ist ein Schriftstück im Umfange von zwanzig Druckseiten, welches einen hervorragend polemischen Charakter zeigt. Der hohe Verfasser schüttet den Zorn seines Herzens über Diejenigen aus, welche in einem unmittelbar vorausgegangenem Zeitungskampfe seine persönlichen Gefühle und die Erinnerung an seinen todtten Bruder mit rauhen Händen anzutasten wagten. Aber indem der junge Dranier die Ehre seines Hauses zu verteidigen glaubt, schießt er, wie das zitierte Blatt meint, leider oft selber über das Ziel hinaus. Denn wenn z. B. ein Thronfolger erklärt, in einem seiner Gegner (und künftigen Unterthanen!) einen „verdienstlichen Nachfolger Don Quixotes“ entdeckt zu haben, so ist das weder für sich, noch vornehm, sondern einfach ungeschickt. Der Prinz sagt an anderer Stelle wie zur Entschuldigung: „Ich weiß sehr gut, daß Fürsten öffentliche Persönlichkeiten sind, aber man muß nicht vergessen, daß diese öffentlichen Persönlichkeiten auch Menschen sind, die gleichfalls ihre Gemüthsbewegungen haben in ebenso großem Maße, als ihre übrigen Landesgenossen“ . . .

Die ganze Broschüre hat die Form einer an eine Zeitung gerichteten „Einsendung“ und führt auch die Anschrift: „An den Herrn Redakteur des Nieuwsblad „Zozabra“. (Zozabra soll ein spanisches Wort sein und Trübseligkeit bedeuten.) Die Unterschrift lautet: „Es sei mir zum Schlusse gestattet, dem Herrn Redakteur des Nieuwsblad im Voraus meinen Dank für die Aufnahme dieses Aufsatzes in seinem Blatte zu bezeugen. Genehmigen Sie mir, Herr Redakteur, zu sein Ihr geneigter Alexander, Prinz der Niederlande.“

Der Kern des Schriftchens ist gut, und der künftige Thronfolger der Niederlande spricht goldene Worte aus, wenn er sagt: . . . „Niemand ist so hochgestellt, um sich nicht seinen Landesleuten gegenüber zu verantworten, darum bin ich sonder Furcht und Gram vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung erschienen und habe mit ruhigem Gewissen ihr Erkenntniß abgewartet . . .“ oder an anderer Stelle . . . „Das Volk ist nicht wegen des Fürsten, sondern der Fürst ist wegen des Volkes geschaffen!“ . . . weil ich diese Wahrheit anerkenne, schreibe ich eine eigene, für das niederländische Volk bestimmte Verantwortung meiner Handlungen während der letzten Zeit.“

Stolz und selbstbewußt und eines Draniers würdig ist auch die Aeußerung: . . . „Man hat in einzelnen Zeitungen behauptet, daß ich nach der Seite der Freisinnigeren in Niederland mich neige. In einem angrenzenden Lande (Belgien) hat ein verfassungsmäßiger König sehr bemerkenswerthe Worte gesprochen. Er sagte nämlich, daß ein verfassungsmäßiger Fürst der Freund Aller sein muß. Wenn ich diese vortrefflichen Worte auch meinem bescheidenen Wirkungskreis anpasse, so ist es doch meine Meinung, daß der Standpunkt außerhalb und über allen politischen Parteien niemals die Bedeutung haben kann, daß man auf politischem Gebiete keine Ueberzeugungen habe. „Freund Aller“ muß nach meinem Urtheil in dem Sinne aufgefaßt werden, daß man vor den Ansichten aller Parteien Ehrerbietung hegt, aber nimmer darf dies ausarten in einen „Allerweltsfreund“ oder in eine damit gleichbedeutende Charakterlosigkeit, welche den Mantel der Ueberzeugung nach der Seite hängt, woher im Augenblick gerade der politische Wind weht.“ Seine politische Ueberzeugung spricht der Prinz aber dahin aus:

„Ohne mich in das Gewühl der politischen Parteien zu begeben, möchte ich von dieser Gelegenheit Gebrauch, um zu erklären, daß ich hoffe, daß nimmer die Grundsätze der Verfassung von 1848 verloren gehen sollen, und daß ich das darin vorkommende Hauptstück über den Unterricht als einen der Ecksteine unseres Staatsgebäudes betrachte. . .

Ein Konferviren ist auch durch den Fortschritt zulässig. . .“

Das ist ein offenes und ehrliches Bekenntniß guter politischer Freisinnigkeit und die Niederländer können sich zu ihrem Thronfolger Glück wünschen; denn sein künftiges Regiment verspricht nach diesen Grundsätzen ein segensreiches für das Land zu werden.

Der londoner „Allgemeinen Correspondenz“ wird unter dem 3. d. aus Konstantinopel geschrieben: „Am letzten Freitag wurden, während der Sultan sich im Audienzsaale befand, zwanzig Offiziere festgenommen und sofort nach dem Kriegsministerium überführt, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Man weiß noch nicht bestimmt, für welches Vergehen sie festgenommen wurden, allein man will wissen, daß sie gegen das Leben des Sultans konspirirt hatten. Die Türken sind wüthend über die geplante Absendung der britischen Flotte nach der Burla-Bai, selbst im Palaste herrscht eine große Erbitterung gegen England. Es laufen Gerüchte um, daß die militärischen Behörden in den Dardanellen den Befehl erhalten haben, die Befestigungen mit Kanonen zu versehen, welche, wie man behauptet, bereits abgegangen sind. Die allgemeine Erbitterung gegen England ist derart, daß die Zeitung „Terdjuman“ nach Veröffentlichung ihres ersten Angriffs gegen England ihren Umsatz um fünffache vermehrte. England hat thatsächlich sein ganzes Ansehen eingebüßt und Rußland viel davon gewonnen; die Leute meinen, Rußland habe wenigstens ehrliches Spiel gespielt; als Feind der Türken habe es gesochten und geiegt; England aber wolle ohne Kampf gewinnen. In diesem Augenblicke würde es für einen englischen Offizier nicht rätzlich sein, in Uniform durch die Straßen Stambuls zu gehen, da er ohne allen Zweifel von der Bevölkerung insultirt würde.“ Inzwischen ist die Mittheilung von der Entsendung der englischen Flotte dementirt worden, und hiermit wird auch wohl die Stimmung in Konstantinopel sich ernüchert haben.

Briefe und Zeitungsberichte

Berlin, 21. November.

— Die „N. A. Z.“ bringt folgendes dreifache Dementi, in welchem sie uns mit Kanonen nach Sperlingen zu schießen scheint:

„Das Berliner Fremdenblatt“ wird nicht müde, über den Reichstanzler falsche Nachrichten in die Welt zu schicken. Diejenige, nach welcher derselbe seine Besichtigung im Sachsenwalde durch „mehrere Höfe“ vermehrt haben sollte, erkennt das Blatt jetzt selbst als eine Konjektur an, die aus dem Erwerb von „zwei am Kupferberg belegenen Grundstücken“ beliebig abgeleitet worden ist. Der Kupferberg ist ein Forstort mitten im Sachsenlande und die beiden Grundstücke, die der Reichstanzler wirklich erworben hat, sind zwei kleine Enklaven von Busch und Wiesen, vielleicht von der Größe des Wilhelmplatzes oder geringer. Wer die andere Nachricht erfunden hat, daß Dr. Adolf Wagner zur Verathung wichtiger Gesetze nach Barzin berufen sei, darüber wird das „Fremdenblatt“ demnächst auch vielleicht Auskunft geben: jedenfalls ist sie ohne jeden Anlaß erfunden. Ebenso ist es unwar, daß die Familie von Bismarck aus Böhmen oder von den Wenden abstamme; sie ist niedersächsischen Ursprungs und in der Altmark heimisch, so lange man überhaupt von ihr weiß. Was kann das „Fremdenblatt“ bewegen, so häufig falsche Nachrichten über des Reichstanzlers Privatverhältnisse in die Welt zu schicken, und hier gleich drei in einer Nummer? Die Redaktion könnte den Kanzler doch wenigstens so lange in Ruhe lassen, wie die Gesetze es thun.“

— Heute feiert Herr von Bennigsen das Fest seiner silbernen Hochzeit. Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion übermittelte gestern dem Jubilar im Auftrage der Partei eine Glückwunschadresse.

— Zu dem Gesetzentwurfe, betr. die Abänderung des Fischereigesetzes, welcher dem Herrenhause vorliegt, beantragt der Referent Graf v. Behr-Schmoldow folgende Bestimmung hinzuzufügen: Zum Schutze der Fischerei gegen die Beschädigungen durch Turbinen können die Minister für Handel und für Landwirtschaft die Herstellung und Unterhaltung geeigneter Vorrichtungen (Gitter u. s. w.) auf Kosten des Eigenthümers rüchtsichtlich solcher Turbinen jederzeit anordnen, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angelegt werden.

Königsberg, 20. November. Als ein „Zeichen der Zeit“ darf wohl eine Bitte angesehen werden, welche die „N. S. Z.“ heute an ihre Leser richtet. Sie ersucht um Zuwendung von Gaben behufs Unterstüzung eines „wegen seines politischen Verhaltens in schwere Bedrängniß gerathenen wackeren Mannes“.

Paris, 19. Nov. Jules Simon führte heute den Vorsitz bei der Vertheilung der Preise an die Aussteller der Industrie-Ausstellung, die seit einiger Zeit im Palais des Champs Elysees stattfand. Er drückte zuerst seine Befriedigung aus, daß die neue Ausstellung so kurz nach der allgemeinen Ausstellung von 1878 so großen Erfolg gehabt habe. „Die Ausstellungen“, meinte er dann, „werden immer häufiger werden. Man wird mit den Waffen der Bervollkommnung und der Wohlfeilheit und nicht mehr mit denen der Zollsätze kämpfen. Die Ausstellungen von Paris, Wien und Philadelphia haben diese wichtige Wahrheit festgestellt, daß in Zukunft der Handel überall das suchen wird, was am besten ist und am wenigsten kostet. Wie dick auch die Mauern von Jericho sein mögen, welche der Schutzzoll zu erhalten versucht, sie werden fallen vor den neuen Trompeten.“ Redner entwarf nun ein glänzendes Bild von den natürlichen Gaben Frankreichs und des französischen Reiches im Norden von Frankreich, wobei er aber bemerkte, daß, den Wein ausgenommen, Frankreich nirgends den ersten Rang einnehme, und er zählt die Vortheile auf, welche von gewissen Standpunkten die übrigen Staaten, wie Amerika und England, haben. „Wir können und wollen nicht“, fährt er dann fort, „den Lohn der Arbeiter auf den Saß verringern, mit dem sie sich in Deutschland begnügen. Außerdem verlieren wir eine kostbare Zeit mit fruchtlosen politischen Agitationen, welche den Fortschritt lähmen und verhindern, an die Reformen zu denken.“ Nach einigen weiteren Bemerkungen weist Redner auf die Fortschritte hin, welche das Ausland in der Kunst gemacht. „Unsere Gegner folgen uns auf dem Fuß; es genügt

nicht mehr, vorwärts zu gehen, man muß in Zukunft vorwärts laufen. Zudem ich schlieÙe, sage ich Ihnen, arbeiten wir, und in meiner Eigenschaft als alter Professor füge ich hinzu: Studiren wir!“ Die Rede Jules Simon's erhielt großen Beifall. Nach derselben schritt man zur Preisvertheilung.

Affen. Aus Kabul, 13. Novbr., wird englischen Blättern gemeldet: Der allgemeine Glaube an die Mitschuld des Emirs gewinnt an Stärke. Sowohl er als seine Rathgeber erwarteten keine Gesamtmezelei, sondern nur eine genügende Einschüchterung, um Sir Louis Cavagnari zu veranlassen, dahin zu berichten, daß seine Stellung in Kabul eine unhaltbare sei. Die Ereignisse entschlüpfen jedoch ihrer Kontrolle, worauf sie nach dem Prinzip handelten, daß todtte Leute keine Geschichten erzählen. Thatsächlich meuterten die Truppen nicht wegen der Rückstände, sondern weil sie von ihren Offizieren aufgehetzt wurden, welche auf Anrathen hoher Behörden handelten. Die Militärkommission jetzt ihre Sitzungen fort. Im Ganzen wurden 49 Afghanen der Theilnahme an der Mezelei für schuldig befunden und gehängt. Die Strafzahlung, welche die Stadt zu erlegen hat, ist noch nicht bekannt geworden, wird aber eine erdrückende sein. Die Beschaffung der Winterfourage macht große Schwierigkeiten; bislang ist noch nicht der zehnte Theil der nöthigen Quantität aufgebracht worden. General Roberts hat den Sirdar Daud Schah damit beauftragt, die nöthigen Vorräthe zu beschaffen. Einflußreiche Sirdars sind nach verschiedenen Distrikten abgedenstet worden, um Elephanten zu requiriren.

Uebrigens hat der britische General Roberts in Kabul das Archiv des Emirs aufgefunden und durchsuchen lassen und hat Schriftstücke heimgesandt — es soll ein ganzer Stoß sein — welche darthun, daß russische Intriguen in Afghanistan wesentlich weiter gingen, als man selbst auf Grund früherer Nachrichten in London ahnte oder glauben wollte. Es liegen B.weise vor, daß diese Intriguen nicht das Werk „unverantwortlicher Generale“ wären, wie die russische Regierung anzugeben beliebt, sondern daß der „Köln. Jtg.“ zufolge Fürst Gortschakoff selber die Hand im Spiele hatte, ja es liegen Gortschakoffs eigene „Instruktionen“ vor — ob an seinen Vertreter oder etwa gar an den Emir, können wir vorerst noch nicht sagen. Diese Intriguen haben, wie sich zeigt, seit sechs bis sieben Jahren gespielt, keineswegs erst seit der Spannung, welche die türkische Frage in den letzten Jahren herbeigeführt hat. In der Hauptsache scheint das zentral-asiatische Bureau thätig gewesen zu sein, und zwar in Verhandlungen sowohl mit Schir Ali, als mit seiner Umgebung. Das Vorliegen dieses Beweismaterials — die russische Regierung scheint zu wissen, daß es sich in Händen der englischen Regierung befindet — erklärt vollkommen, warum man von London aus auf eine „Verständigung“ mit Rußland über die zentral-asiatische Frage oder die afganische nicht eingehen will. Die Russen haben amtlich geleugnet, was ihnen jetzt nachgewiesen werden kann. Die englische Regierung wird die Schriftstücke vermuthlich zu geeigneter Zeit der Deffentlichkeit übergeben.

Locales und Provinziales.

Bosen, 22. November.

— [Stadttheater.] Das gestrige Ullman-Konzert war sehr stark besucht; sämmtliche Künstler ernteten reichsten Beifall und wurden wiederholt gerufen. Der Löwenantheil des Applauses fiel wohl Frl. Fernande Tebesca zu, deren virtuoser Fertigkeit noch eine jugendlich sympathische Erscheinung sekundirte. Heute findet bekanntlich ein zweites Konzert statt.

+ Personalien. Der bisherige Gerichts-Assessor Dr. jur. E. L. Hagen zu Berlin ist zum Regierungs-Assessor ernannt und in das Kollegium der Regierung zu Bromberg eingeführt; Regierungs-Rath Strücker, bisher bei der Landdrostei zu Hildesheim, ist an die Regierung in Bromberg und Regierungs-Assessor von Graefe von Bromberg an die königl. Regierung in Ansbach versetzt.

r. Die Wilhelm-Angusta-Stiftung, welche hier aus Anlaß der goldenen Hochzeitsfeier des Kaiserpaars durch den vaterländischen Frauenverein gegründet wurde, und für welche im Ganzen 15,000 M. gesammelt worden sind, eröffnet mit Anfang nächsten Monats ihre Thätigkeit. Gemäß dem Zwecke, zu welchem damals die Beiträge gesammelt wurden, nämlich ein oder mehrere Freistellen für unbemittelte Kranke in der hiesigen Diakonissen-Krankenanstalt zu stiften, ist zwischen den Vorständen des Vereins und der Krankenanstalt ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Krankenanstalt gegen Ueberlassung der obigen 15,000 M. die Verpflichtung übernommen hat, die vom vaterländischen Frauenverein überwiesenen Kranken, bis zu 6 gleichzeitig unentgeltlich zu versorgen, und zwar denselben jährlich im Ganzen 600 Tage unentgeltliche ärztliche Behandlung, Medizin und Verpflegung zu gewähren. Gesuche um Aufnahme in die Anstalt sind an Frau Stadträtthin Bielefeld zu richten.

⊗ Kautionsleistung provisorischer Beamten. Der Finanz-Minister hat angeordnet, daß die in die Verwaltung der indirekten Steuern zunächst provisorisch übernommenen bisherigen Gerichtsdiakare zur Bestellung einer Amtskautions verpflichtet sind, sofern sie in ihren neuen Dienstgeschäften mit der eigentlichen Erhebung der Gerichtskosten betraut sind oder ihnen sonst die Annahme, Ausbahrung oder der Transport von dem Staate gehörigen oder ihm anvertrauten Geldern oder geldwerthen Gegenständen obliegt. Haben die Betreffenden in ihrer früheren Stellung bei der Justizverwaltung bereits eine Kautions hinterlegt, so kann diese Kautions als auch für die neue Dienststelle geleistet, betrachtet werden, wenn der Beamte sich protokolllarisch als mit dieser Kautions auch für die jetzigen Amtshandlungen, verhaftet, anerkennt.

r. Hohes Alter. Am 17. d. Mts. starb hier an Altersschwäche die Wittve Marie Maciejewska, geb. Grajczak, in dem hohen Alter von 102 Jahren. Sie lebte bei ihrer verheirateten Tochter auf Ostrowek und lag während der letzten beiden Jahre krank, so daß der Tod für sie wohl eine Erlösung gewesen sein mag.

— Eine fette Zeitungsentente. Die „Gaz. Tor.“ reproduzirt eine dreedener Einsetzung der prager „Politik“, nach welcher der deutsche Reichskanzler mit dem Plane umgeht, das Königreich Sachsen zu annektiren und den König von Sachsen durch das Königreich Polen zu ersatzbüden. — Die „Gazeta Torunska“ glaubt nicht, daß dieses Projekt besteht. — Sie sagt: „Was könnten die Deutschen Rußland an Entschädigung bieten? etwa Konstantinopel? dasselbe hängt hoch und könnte sehr, sehr sauer werden. Uebrigens weiß Fürst Bismarck sehr gut, daß die Bildung eines solchen polnischen Königreichs oder die Belebung des Herzogthums Warschau die polnische Frage nicht beendet, sie vielmehr zuspitzt, ebenso für Rußland als für Oesterreich und

Kreuzen. Fürst Bismarck war nicht gewöhnt, bezüglich irgend einer politischen Frage solche Pflückerarbeit zu verrichten. Das größte Unglück wäre die Ausführung dieses Projekts für Polen selbst; — mit Deutschland in Handels- und ökonomischer Beziehung verbunden, wäre Polen für jenes ein fetter Boden. — Das arme Polen würde die Deutschen und der deutsche Gewerbebetrieb überschweben und dem würde folgen die Entnationalisirung. Möge uns Gott davor bewahren, denn es käme dahin, daß wir die Hände vor den Hüften falten und sie um Rettung vor der Germanisirung bitten müßten. Dieses Gerücht beweist jedoch auf's Neue die Lebensfähigkeit und Dringlichkeit der polnischen Angelegenheiten zc. — Die „Gazeta Tor.“ kann sich beruhigen. Sie wird nicht so bald in die Lage kommen zu einer Aenderung in den polnischen Verhältnissen Stellung nehmen zu müssen.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Ostrowo**, 18. November. [Prozess wegen Kindesmord.] Am 15. d. wurde vor dem Schwurgericht hier eine Anklage wegen Mordes verhandelt und erledigt. Auf der Anklagebank saßen 1. die Gasthofbesitzerin verwitwete Marianna Ziemienczyk aus Jarocin, 55 Jahre alt, katholisch, nicht ohne Vermögen, noch nicht bestraft, und 2. die bei der Vorgenannten als Magd in Diensten stehende Wittwe Marianna Schwarz, 47 Jahre alt, katholisch, wegen Sachbeschädigung bereits bestraft; beide beschuldigt, im April 1879 zu Jarocin gemeinschaftlich das außereheliche Kind der Kazimira Ziemienczyk vorzüglich getödtet zu haben und zwar mit Ueberlegung. Der Sachverhalt ist der Anklage nach kurz folgender:

Am 24. April d. J. wurde in einem frisch aufgeworfenen Grabhügel auf dem katholischen Kirchhof zu Jarocin eine kleine Kiste gefunden, in welcher eine Kindesleiche männlichen Geschlechts sich befand. Die Section dieser Leiche erfolgte am 28. April. Nach dem abgegebenen Gutachten der Gerichtsärzte hat das Kind nach der Geburt mehrere Tage gelebt und ist wahrscheinlich am 18. April gestorben. Dasselbe war reif und lebensfähig zur Welt gekommen und fand sich auch keine Spur irgend einer Krankheit bei ihm vor; aller Wahrscheinlichkeit nach hatte das Kind in den ersten zwei Tagen seines Lebens Nahrung erhalten, im dritten dagegen nicht, und hat seinen Tod durch Erstickung gefunden, indem ihm Mund und Nase mittelst der Hand zugeedrückt worden, da am rechten Nasenflügel und auf der linken Wange fünf kleine Verletzungen sich befanden, die nach ihrer Entfernung von einander so wie nach ihrer Größe und Gestalt den Nägeln der fünf Finger einer Hand entsprachen, die sich hohl aber fest bei Lebzeiten des Kindes auf Mund und Nase angedrückt hat.

Das Kind hat in die unverehelichte Kazimira Ziemienczyk, welche mit dem Lehrer J. in einem Liebesverhältnis gestanden und von diesem schwanger geworden, am 13. in der Wohnung ihrer Mutter, der Wittve Marianna Ziemienczyk geboren. Die beiden Angeeschuldigten haben nach der Anklage das Kind einige Tage nach der Geburt in Gemeinschaft mit einander vorzüglich getödtet. Die gegen sie sprechenden Verdachtsmomente sind folgende: Beide Angeeschuldigte wollten von der Schwangerschaft der Kazimira Ziemienczyk, die während des ganzen Verlaufs derselben mit ihnen fortwährend in häuslicher Gemeinschaft gelebt, nichts gemerkt haben, wenngleich ihnen desfallige Erscheinungen nicht fremd sein können, da die eine neun, die andere zehnmal geboren hat, und auch von Leuten in der Stadt bereits über den Zustand der Kazimira J. gesprochen wurde. Auch diese selbst will über ihren Zustand sich erst klar geworden sein, als sie im Stehen von der Geburt überrascht wurde. Die Schwarz gab bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung an, sie habe das Kind, als sie nach der Geburt desselben in das Zimmer der Kazimira gekommen, aus dem Geschirr, wohin es bei der Geburt gefallen sein sollte, genommen und in eine Wanne mit warmem Wasser gelegt, um es zu baden, und da sei es im Bade gestorben. Nach dem Ableben habe sie das Kind in eine Kiste gelegt. Diese von ihr in ihre Schlafkammer getragen und am Freitag, den 18. April auf dem Kirchhof beerdigt worden. Dieser Angabe war auch die Wittve Ziemienczyk beigetreten, nachdem die Schwarz ihr die nöthige Weisung gegeben. Erst nachdem ihnen die Unrichtigkeiten ihrer hartnäckigen Behauptungen nachgewiesen, änderten sie ihre Aussagen. Wie sie zugegeben, ist das Kind nicht im Bade gestorben, vielmehr lebend in die Kammer der Dienstmagd Schwarz von dieser getragen worden und dort bis zum erfolgten Tode verblieben. Von der erfolgten Geburt des Kindes haben nur die beiden Angeeschuldigten, die Kazimira Ziemienczyk und deren Schwester Anna Kenntniß gehabt. Letztere ist nur einmal und zwar in Begleitung der Schwarz in die Kammer gekommen, wo das Kind lag, das sie zu der Zeit noch lebend gesehen. Die Mutter des Kindes ist während der Zeit nicht in die Kammer gekommen und hat überhaupt ihr Kind nachdem man es ihr fortgenommen, gar nicht mehr gesehen. Nur die beiden Angeeschuldigten sind wiederholt in der Kammer gewesen und müssen sich auch mit dem Kinde beschäftigt haben, da es Nahrung erhalten hat. Andere Personen haben, wie die Angeeschuldigten selbst zugeben und sich auch nicht anders herausgestellt hat, die Kammer nicht betreten. Die Wittve Ziemienczyk hat zugegeben, am Mittwoch den 16. zweimal in der Kammer gewesen zu sein und beim ersten Male das Kind noch lebend gefunden, beim zweiten Male, Nachmittags, aber gar nicht nach ihm gesehen haben. Die Schwarz giebt an, daß am Donnerstag den 17. Abends das Kind noch gelebt und daß sie am 18. früh es todt gefunden. Der Todestag stimmt sonach mit dem ärztlichen Gutachten überein. Nach einer späteren Angabe will sie das Kind am Mittwoch den 16. Abends zum letzten Male lebend gesehen und schon Donnerstag früh, also den 17., dasselbe todt gefunden haben. Die Wittve Ziemienczyk, die über die Geburt des Kindes und die dadurch über ihre Familie gekommene Schande sehr bestürzt gewesen, hat mit der Schwarz mehrfach berathen, was mit dem Kinde anzufangen sei und soll gefonnen gewesen sein, es fortzugeben. Und auch nachdem die Schwarz ihr den Tod desselben gemeldet, soll sie diese gefragt haben, was nun anzufangen sei. Nach ihrer Auslassung soll die Schwarz ganz selbstständig gehandelt haben. Diese dagegen sagt aus, sie habe auf Anrathen der Ziemienczyk die Leiche in eine von ihr gefertigte Kiste gelegt. Die Angabe der Schwarz, daß das Kind am Nachmittag des 18. auf dem Kirchhofe beerdigt worden, war ganz falsch, die Leiche ist erst Abends um 10 Uhr im Beisein der Wittve Ziemienczyk und des Lehrers J. von der Schwarz eingescharrt worden. Nachdem die den Leichnam enthaltende Kiste aufgefunden und die Geburt des Kindes durch die Kazimira als eine Thatsache offenkundig war, hat die Wittve Ziemienczyk den Lehrer J. aufgefordert, die Geburt des Kindes auf dem Standesamte zu melden. Der Verlauf der Gerichts-Verhandlung, die über 12 Stunden dauerte, führte als sicher vor, daß die Schwarz, wenn ihr auch die Tödtung des Kindes nicht direkt nachgewiesen werden konnte, sie durch ihre vielfachen unrichtigen Angaben und Widersprüche sich von der Beschuldigung der Mitwisserschaft doch nicht frei zu machen vermochte und trotz der fortgesetzten Vertheidigung die gegen sie sprechenden Belastungsmomente nicht zu entkräften waren. Die gestellten Fragen auf Mord und event. auf Anstiftung und Theilnahme am Morde wurden in Bezug auf die Angeklagte, Wittve Marianna Ziemienczyk, von den Geschworenen verneint, bezüglich der Dienstmagd Marianna Schwarz wurden die Fragen auf Mord und Anstiftung auch verneint, die Frage wegen Theilnahme aber bejaht, und wurden die Ziemienczyk freigesprochen, die Marianna Schwarz zu 5 Jahren Zuchthaus zc. verurtheilt. Der Strafantrag lautete auf 10 Jahre.

Staats- und Volkswirtschaft.

□ **Bromberg**, 21. November. [Schiffsverkehr auf dem Bromberger Kanal vom 20. bis 21. November,

Mittags 12 Uhr.] Schiffer Gottl. Thormann, XIII 2784, Roggen, von Ploß nach Berlin.

** **In betref des Schmuggelhandels von Russland nach Deutschland**, so schreibt man der „Fig. Ztg.“ von der preussischen Grenze, scheint vorläufig nur Vieh- und Pferde Schmuggel lohnend zu sein, doch werden sich die Verhältnisse wohl ändern, wenn die Kornzölle wirklich in Kraft getreten sein werden. Das russische Weizen- und Roggenmehl zeichnet sich durch Reinheit, Feinheit und Weiße vor dem preussischen aus, und da die Rubel immer noch einen sehr niedrigen Cours haben, so sind dergleichen Schmuggelgeschäfte schon immer lohnend. Tabak, Stiefel, Gummischuhe, Handschuhe, Süßigkeiten, Zucker in Broten werden von der Grenzbevölkerung allerdings auch zollfrei über die Grenze geschafft, doch nur in kleineren Quantitäten und meistens zum eigenen Bedarf. Stiefel und Gummischuhe zieht man einfach an, während man die alten Gegenstände frei unter dem Arm trägt; Zucker in Broten zu schmuggeln, bereitet schon mehr Schwierigkeiten. Süßigkeiten, eingemachte Früchte, welche in Russland vorzüglich bereitet werden, gehen auch per Schmuggel über die Grenze und werden meistens in den Taschen fortgeschafft. Nach Russland hingegen wird alles geschmuggelt, und je höher der Zoll, desto mehr. Ueberhaupt wird und muß das Schmuggelwesen überhand nehmen. Einmal ist auf beiden Seiten der Grenze keine Arbeit, das Auf- und Umladen von Gütern aller Art hatte hier wie jenseits vielen Arbeitern lohnenden Verdienst gewährt, derselbe ist nun fortgefallen, und da die Landwirthe die vielen Arbeiter nicht beschäftigen können, so fallen dieselben auf den zwar gefährlichen, aber verdienstreichen Schmuggelhandel.

Vermischtes.

* **Berlin**. Ein sittlich verkommener, mehrfach bestraffter Mann, im Alter von etwa 35 Jahren, welcher in Weiskensee wohnt, ist als des Leichenraubes von dem katholischen Kirchhofe bei Weiskensee verdächtig gestern von der Kriminalpolizei ermittelt und ergriffen worden. Bei seiner Vernehmung räumte er ein, die That vollführt zu haben, um seine Lust zu befriedigen, und daß er insbesondere den Körper der Leiche mit seiner Hand ausgerissen habe. Gehten bei der That leugnete er gehabt zu haben, trotzdem seine ausnehmend schwache Körperkonstitution die Annahme nicht gestattet, daß er den Sarg allein über den Kirchhofsaum gehoben und eine Stunde Wegs getragen habe. Mehrere Stunden später stellte der Verdächtige seine Aussagen vollständig in Abrede und bestritt irgendwie bei dem Leichenraube theilhaftig gewesen zu sein. Da anderweitige positive Anhaltspunkte für die Annahme, daß der Ergriffene der Thäter sei, fehlen, so werden die Recherchen der Kriminalpolizei nach anderen Richtungen hin behufs Ermittlung der Thäter eifrig fortgesetzt. — Die Meinung, daß mehrere Personen an der That theilhaftig gewesen, ist inzwischen durch den Umstand bestätigt worden, daß nach den vorhanden gebliebenen Spuren der Sarg über den sechs Fuß hohen Kirchhofsaum gehoben und auf der äußeren Seite heruntergelassen und nicht geworfen worden ist. Zu dieser Handlung bedurfte es aber unbedingt zweier Personen. Während dieser Prozedur fiel vom Sarge ein Kranz auf die Erde außerhalb des Kirchhofes, welchen die Thäter liegen ließen. Ein vor der Ermittlung der That am Donnerstag Morgen vorübergehender Arbeiter hob, wie er nachträglich zur Anzeige brachte, den Kranz auf und hing ihn auf den Saum. Wie wir ferner noch erfahren, ist an demselben Orte beim Kirchhofsaum ein Stück einer hiesigen Zeitung gefunden worden, welches von den Thätern zurückgelassen worden war.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 20. November. Der Präsident Grévy und der Konseilpräsident Baddington haben heute der auf der Reise nach Madrid hier eingetroffenen Erzherzogin Christine von Oesterreich einen Besuch abgestattet. — Der Minister für öffentliche Arbeiten, Freycinet, hat dem Präsidenten Grévy einen Gesetzentwurf vorgelegt betreffend die Bewilligung eines Kredits von 600,000 Fres. zur Vornahme der für den Bau einer Eisenbahn durch die Sahara erforderlichen Vorarbeiten. — Ein Telegramm aus Madrid meldet, die Mutter der Kaiserin Eugenie, Gräfin Montijo, sei heftig erkrankt, die Kaiserin sei von Chislehurst abgereist, um sich zu ihrer Mutter zu begeben.

Paris, 21. November. Die Erzherzogin Christine und deren Mutter, die Erzherzogin Elisabeth, haben heute Morgen die Reise nach Spanien fortgesetzt. — Die Kaiserin Eugenie, welche gestern Abend hier angekommen war und heute früh nach Madrid weiterreiste, hat während ihrer Anwesenheit hier Niemand empfangen.

Newyork, 20. November. Der Dampfer „Greece“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Briefkasten.

Herrn S. in **Bulaskow**, b. Radenz. Der Breslauer Produktenbericht ist in jeder Abend-Ausgabe, vordere Seite — die Breslauer Marktpreise in jedem Mittagsblatt unserer Zeitung auf der 3. Seite, 3. Spalte unten, enthalten. Wir lassen ein ganzes Packet Zeitungsnummern, in welchen die betreffenden Notizen blau markirt sind, per Post folgen und werden Sie hieraus entnehmen, daß, da die Notizen auch nicht einen Tag gefehlt haben, Ihre Reklamation unbegründet ist. Wir bitten die sonst noch theilhaftigen Leser hierauf gütigst aufmerksam zu machen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. November. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,345. Pariser do. 80,55. Wiener do. 173,20. R.-M.-St.-A. 142½. Rheinische do. 144½. Hess. Ludwigsh. 81½. R.-M.-Br.-Anth. 132½. Reichsanl. 97½. Reichsbank 153½. Darmst. 140½. Meiningen B. 83½. Dst.-ung. Bf. 730,00. Kreditaktien*) 232½. Silberrente 61. Papierrente 59½. Goldrente 69½. Ung. Goldrente 81½. 1860er Loose 124½. 1864er Loose 304,50. Ung. Staatsl. 187,40. do. Öst.-Öbl. II. 73½. Böhm. Westbahn 168½. Elisabethb. 151½. Nordwestb. 119½. Galizier 207½. Franzosen*) 228½. Lombarden*) 69½. Italiener —. 1877er Russen 88½. II. Orientanl. 58½. Zentr.-Pacif. 107½. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 232½. Franzosen 228½. Lombarden —. 1860er Loose 124½. Goldrente —. Silberrente —. Oester. Papierrente —. Ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Geschäftlos.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 21. November. Effekten-Societät. Kreditaktien 232½. Franzosen 228. Lombarden —. 1860er Loose 124½. Goldrente —. Galizier —. Silberrente —. Oester. Papierrente —. Ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Geschäftlos.

Wien, 21. November. (Schluß-Course.) Vorübergehend gedrückt, schließlich beruhigt. Bahnen gefragt.

Papierrente 68,30. Silberrente 70,90. Oester. Goldrente 80,30. Ungarische Goldrente 94,65. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 127,75. 1864er Loose 164,75. Kreditlose 172,20. Ungar. Prämienl. 105,80. Kreditaktien 269,10. Franzosen 264,25. Lombarden 80,00. Galizier 240,50. Raab.-Oderb. 114,20. Pardubitzer 107,00. Nordwestbahn 139,00. Elisabethbahn 176,00. Nordbahn 228,50. Oesterreich-ungar. Bank 846,00. Türf. Loose 18,00. Unionbank 93,40. Anglo-Austr. 135,60. Wiener Bankverein 134,25. Ungar. Kredit 254,25. Deutsche Plätze 57,10. Londoner Wechsel 116,85. Pariser do. 46,20. Amsterdamer do. 96,25. Napoleons 9,32½. Dufaten 5,54. Silber 100,00. Marknoten 57,75. Russische Banknoten 1,22½.

Wien, 21. November. Abendbörse. Kreditaktien 269,90. Franzosen 264,25. Galizier 240,50. Anglo-Austr. 135,40. Lombarden 81,25. Papierrente 68,30. Oester. Goldrente 80,25. ungar. Goldrente 94,60. Marknoten 57,72½. Napoleons 9,32½. Oester.-ungar. Bank 844,00. Geschäftlos.

Paris, 21. November. (Schluß-Course.) Behauptet. 3proz. amortisirb. Rente 83,10. 3proz. Rente 81,40. Anleihe de 1872 114,97½. Italien. 5proz. Rente 79,45. Oester. Goldrente 69½. Ung. Goldrente 83½. Russen de 1877 92,00. Franzosen 577,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 176,25. Lombardische Prioritäten 258,00. Türken de 1865 11,17½.

Credit mobilier 565. Spanier ext. 15½, do. inter. 14½. Suezkanal-Aktien 710. Banque ottomane 517. Societe generale 520. Credit foncier 1012. Egypter 243. Banque de Paris 840. Banque d'escompte 765. Banque hypothecaire 623. III. Orientanleihe 59½. Türkenloose —. Londoner Wechsel 25,27.

Paris, 20. November. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 81,35. Anleihe von 1872 114,85. Italiener 79,30. Türken —. Türkenloose 39,75. Oester. Goldrente —. ungar. Goldrente 83½. III. Orientanleihe 59½. Egypter 244,00. Spanier ext. —. 1877er Russen 92½. Rubig.

Florenz, 20. Novbr. (Verspätet eingetroffen.) 5 pSt. Italienische Rente 90,45. Gold 22,84.

London, 21. November. Consols 98½. Italien. 5proz. Rente 78½. Lombarden 6½. 3proz. Lombarden alte 10½. 3proz. do. neue 10½. 5proz. Russen de 1871 86½. 5proz. Russen de 1872 85½. 5proz. Russen de 1873 89. 5proz. Türken de 1865 11½. 5proz. fundirte Amerikaner 105½. Oester. Silberrente 61½. do. Papierrente 58. Ungar. Goldrente 82½. Oester. Goldrente 68½. Spanier 15½. Egypter 48½. Vladivostok 2½ pSt.

Aus der Bank flossen heute 30,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 20. Novbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80½. Wechsel auf Paris 5,24½. 5pSt. fundirte Anleihe 102½. 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 103. Erie-Bahn 40½. Central-Pacific 110½. Newyork Centralbahn 129½.

Produkten-Course.

Wien, 21. November. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,25, fremder loco 23,00, pr. November 23,00, pr. März 23,95, pr. Mai 23,90. Roggen loco 18,00, pr. November 16,30, pr. März 17,15, pr. Mai 17,20. Hafer loco 14,50. Rübsl loco 30,30, pr. Mai 30,30.

Samburg, 21. Novbr. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco still, auf Termine rubig. Weizen per Novbr.-Dezember 226½ Br., 225½ Gd., per April-Mai 235½ Br., 234½ Gd. Roggen per November-Dezember 162 Br., 161 Gd., per April-Mai 163 Br., 162 Gd. Hafer still. Gerste rubig. Rübsl rubig loco 58, per Mai 59½. Spiritus fest, per November 52 Br., per Dezbr.-Januar 51½ Br., pr. Januar-Februar 51 Br., per April-Mai 49 Br. Raffee fest, Umfaj 4000 Sacd. Petroleum steigend, Standard white loco 9,00 Br., 8,90 Gd., per November 8,90 Gd., per Dezember 9,00 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Bremen, 21. Novbr. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,90, pr. Dezbr. 9,00, pr. Januar 9,15, pr. Febr.-März 9,15.

Wien, 21. Nov. (Produktenmarkt.) Weizen loco geschäftslos, Termine fester, per Frühjahr 15,07 Gd., 15,10 Br. Hafer per Frühjahr 7,83 Gd., 7,90 Br. Mais per Mai-Juni 9,95 Gd., 9,00 Br. — Wetter: Frachtvoll.

Petersburg, 21. Novbr. Produktenmarkt. Talg loco 58,00, per August 58,50. Weizen loco 16,25. Roggen loco 9,25. Hafer loco 4,75. Hanf loco 33,00. Leinsaat (9 Pud) loco 16,50. — Wetter: Thauwetter.

Paris, 21. Novbr. Rohwaid behpt., Nr. 10/13 pr. November pr. 100 Kilogr. 69,00, 79 pr. Novbr. pr. 100 Kilogr. 75,00. Weißer Zucker rubig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. November 77,25, pr. Dezember 77,50, per Januar-April 78,00, per Mai-August —.

Paris, 21. November. (Schlußbericht.) Weizen loco rubig, pr. November 33,25, pr. Dezember 33,25, pr. Januar-April 33,80, per März-Juni 34,10. Mehl matt, per November 71,75, per Dezember 72,00, per Januar-April 72,75, per März-Juni 73,00. Rübsl rubig, per November 80,50, per Dezember 80,75, per Januar-April 82,00, per Mai-August —. Spiritus rubig, per November 69,50, per Dezember 69,50, per Januar-April 69,25, per Mai-August 69,25.

Marktpreise in Breslau am 21. November 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation,	schwere		mittlere		leichte Waare	
	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	21 80	21 40	20 70	20 10	19 70	18 90
Weizen, gelber	20 90	20 70	20 10	19 70	19 25	18 30
Roggen, pro 100 Kilog.	17 10	16 80	16 50	16 20	16 —	15 60
Roggen, Gerste, neue	17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, alter	13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Hafer, neuer	13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Erbsen	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70
Pro 100 Kilogramm						
Raps			23 —	21 —	75 20	—
Rübsen, Winterfrucht			22 —	21 —	—	19 —
Rübsen, Sommerfrucht			22 —	21 —	75 16	75 —
Dotter			21 —	19 —	—	16 —
Schlagleinfaat			25 50	23 50	20 —	—
Hansfaat			17 50	16 50	15 —	—

Kleesamen: schwach zugeführt, rother sehr fest, — per 50 Kilogramm 40—45—50—53 M. — weißer unverändert, — per 50 Kilogr. 45—55—66—70 M. hochfeiner über Notiz bez. Rapsfuchen behauptet per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 M. — Leinsuchen ohne Aenderung, per 50 Kg. 9,70 bis 9,90 M. fremde — Markt. — Thumothee behauptet, per 50 Kilogr. 17—20—22 Markt. — Lupinen: schwach zugeführt per 100 Kilgr. gelbe 8,00—8,70—9,30 Markt. blaue 8,00—8,60—9,20 Markt. — Bohnen: sehr fest, per 100 Kilogramm 20,00—21,00—21,50 Markt. — Mais, unverändert — per 100 Kilogr. 13,30—13,60—14,30 Markt. — Weizen: ohne Angebot, — per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Markt. — Heu, per 50 Kilogr. 2,40 bis 2,80 M. — Stroh, per Schock 600 Kilogramm 19,00—22,00 M. Kartoffeln per Sacd (2 Neuschffel a 75 Kilgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 Markt. — Mehl: ohne Aenderung — per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 M. — Roggen fein 27,00—28,00 M. Gausbuden 26,00—27,00 M. — Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 M. Weizenkleie 8,90 bis 9,20 M.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. November. Weizen pr. 1000 Kilo loco 200-240 M. nach Qualität geford. Gelber Markt. - M. ab Bahn bezahl. F. gelber Schleischer - M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 224 M. Gefündigt 4,000 Ctr. Per November - bezahlt, per November-Dezember - bezahlt, per Dezember-Januar - bezahlt, per Januar-Februar - bezahlt, per April-Mai 236-237-236 1/2 bez., per Mai-Juni 238 bezahl. - Roggen per 1000 Kilo loco 156-178 M. nach Qualität gef. Russ. 157-160 a. R. bez. Inland. 172-174 M. a. B. bez. F. Russischer - M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 158 1/2 M. bezahl. Gefündigt 2,000 Ctr. Per November 158 1/2 bezahl, per November-Dezember 158 1/2 bezahl, per Dezember-Januar 159 bezahl, per Januar-Februar 161 bezahl, per April-Mai 167 1/2-167-167 1/2 bezahl, per Mai-Juni 167 bezahl. - Gerste per 1000 Kilo loco 140-200 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 133 bis 155 nach Qualität gefordert. Russischer 135 bis 137 bez., Pommerischer 140 bis 144 bez., Ost- und Westpreussischer 136 bis 144 bez., Schleischer 142-147 bez., Böhmischer 142-147 bezahl, Galizischer - bez. Gefündigt - Ctr. Regulirungspreis - bez. Per November 135 1/2 M., per November-Dez. 135 1/2 M., per April-Mai 147 M., per Mai-Juni 150 M. Erbsen per 1000 Kilo loco 175-210 M., Futterwaare 165-174 M. - Mais per 1000 Kilo loco 145 bis 149 bez. nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bezahl, Amerikanischer - f. B. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 0: 32,50 bis 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0:1: 29,00-27,00 M. - Roggenmehl inkl. Sack 0: 24,25-23,00 M., 0:1: 23,00-22,00 M., per November 22,85-22,75 bez., per November-Dezember 22,85-22,75 bez., per Dezember-Januar 22,85-22,75 bez., per Januar-Februar

23,05 bezahl, per April-Mai 23,65-23,55 bezahl. Gefündigt - Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung - bez. - Velsaat per 1000 Kilo Winter-Mais 210-235 Markt, November-Dezember - bez. Winter-Rüben 205-228 M., November-Dezember - bez. - Rübel per 100 Kilo loco ohne Fass 55,0 M., flüssig - M., mit Fass - M., per November 55,2 M., per November-Dezember 55,2 M., per Dezember-Januar 55,2 M., per Januar-Februar - bezahl, per April-Mai 56,8 bezahl, per Mai-Juni 57,2 M. Gefündigt - Centner. Regulirungspreis für die Kündigung - bez., gestern - bez. - Weizen per 100 Kilo loco 67,0 M., Petroleum per 100 Kilo loco 26,5 M., per November 26,2 bez., per November-Dezember 26,2 bez., per Dezember-Januar 26,4-26,5 bez., per Januar-Februar 26,9-27,3 bez., per April-Mai - bezahl, per September-Oktober - bez. Gefündigt - Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 59,3 bezahl, per November 58,9-58,8 bez., per November-Dezember 58,9-58,8 bez., per Dezember-Januar 58,9-58,8 bezahl, per April-Mai 61,0-60,8 bez., per Mai-Juni 61,1-61,0 bez. Gefündigt - Liter. Regulirungspreis für die Kündigung - bez. (B. B.-Z.)

Stettin, 21. November. (An der Börse.) Wetter: Trübe. Temperatur + 2° R. Barometer 28,7. Wind: O. S. - Weisen ruhig, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 208-222 M., weißer 208 bis 226 M., per November 126 M. Gd., November-Dezember 225 M. nom., per Frühjahr 235,5 M. bez. - Roggen ruhig, 1000 per Kilo loco inländischer 165-168 M., Russischer 155-159 M., per November und November-Dezember 155,5-155 M. bez., per Frühjahr 162,5 M. bez. - Gerste behauptet, per 1000 Kilo loco Brau- 150-156 M., Futter- 125-130 M., Chevalier 168-174 M. - Hafer stille, per 1600 Kilo loco inländ. 132-143 M. - Erbsen und Rüben ohne Handel. - Rübel matt, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 57,5 M.

Br., kurze Lieferung ausländisches 56,5 M. bez., per November 57,5 M. Br., per November-Dezember 57 M. Br., per April-Mai 57 M. Br. - Spiritus behauptet, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 58,2 M. bez., per November und per November-Dezember und per Dezember-Januar 57,6 M. bez., per Frühjahr 69,3-60,2 M. bez., per Mai-Juni 61 M. bez. - Angemeldet: Nichts. - Regulirungspreise: Weizen 226 M., Roggen 155,5 M., Rübel 57,5 M., Spiritus 57,6 M. - Petroleum loco 17,9-13,15 M. verk. bez., 9,50 M. tr. bez., Regulirungspreis 9,5 M. trans. (Office-3tg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 260 über der Meeresmeter, Wind, Wolkenform. Data for Nov 21, 22.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. November Mittags 1,10 Meter. = 21. = 0,94 =

Berlin, 21. November. Die von außerhalb eingelaufenen Nachrichten von den gestrigen Abendbörsen hatten keineswegs so günstig gelautet, um eine Fortsetzung der steigenden Bewegung in Aussicht zu nehmen. Doch die Berliner Börse ist augenblicklich tonangebend geworden und hat sich auch heute über alle etwa auftauchenden Beunruhigungen ohne Weiteres hinweggesetzt. Laurahütte, so wie Dortmund Union traten sofort wieder mit je 1 und 1/2 pSt. Coursaufschwingung an die Spitze der steigenden Bewegung und der Bergwerksaktienmarkt galt als sehr fest. Diese allgemein günstige Stimmung des Lokalmarktes, welche sich auch in der Haltung der Diskonto-Commandit-Antheile, der

Ober-schleischen und Rheinischen Eisenbahn-Aktien fund that, beeinflusste auch den internationalen Markt, wenn auch nur stellenweise. Kreditaktien und Franzosen, österreichische Loose vom Jahre 1866, Galizier, österreichische Nordwestbahn und Elbethal wurden bei zeitweiser recht regem Geschäft besser bezahlt; Rumänier und andere Spielpapiere lagen fest. Dagegen waren russische Anleihen, ungarische und österreichische Renten vernachlässigt, wogegen die Haltung als günstig bezeichnet ward. Fest lagen auch im Ganzen die gegen baar gehandelten Aktien namentlich Eisenbahnwerthe und Bankaktien. Industriepapiere fanden vereinzelt recht gute Beachtung; Aktien von Maschinenfabriken

waren bevorzugt. Anlagewerthe behaupteten sich fest, lagen aber still. Deutsche Anleihen, Pfand- und Rentenbriefe blieben ruhig ausländische Eisenbahn-Obligationen begegneten regelmäßiger Nachfrage; Lombardische und Raab-Gräzer waren bevorzugt. Die zweite Stunde verlief in großer Festigkeit mäßig belebt. Bergwerks-Papiere blieben unter der Führung von Laurahütte und Dortmund Union bevorzugt. Per Ultimo notirte man: Franzosen 459-9,50-459, Lombarden 139-40,50-140, Diskonto-Commandit-Antheile 174,75-5,50-175,10, Kreditaktien 467,50-7-469.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 21. November 1879.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian bonds and money rates including Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Staats-Schuldversch., etc.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds including Amerik. rds. 1881, do. do. 1885, do. Bds. (fund.), etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Badische Bank, Bf. f. Rheinl. u. Westf., Bf. f. Spirit. u. Br., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway common stocks including Aachen-Maastricht, Altona-Riel, Bergisch-Märkische, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table of railway priority bonds including Aach.-Maastricht, do. do. II, do. do. III, etc.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priority bonds including Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, do. do. II, etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks including Brauerei Pagenhof, Dannenberg-Rattun, Deutsche Bauges., etc.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Table of railway common priority bonds including Altenburg-Zeit, Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, etc.

*) Wechsel-Course.

Table of exchange rates including Amsterd. 100 fl. 8 Z., do. do. 100 fl. 2 M., London 1 Str. 8 Z., etc.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds including P.-A. v. 55 a 100 Th., Hess. Prsch. a 40 Th., Bad. Pr.-A. v. 67., etc.